



Elke Alsaço: Systemrelevant und ausgenutzt

Frank Deppe: Nie wieder Krieg und Faschismus!

Beiträge u.a. von

Joachim Rock, Micha Brumlik, Claus-Jürgen Göpfert, Thorsten Schulten, Johannes Specht, Mario Kessler, Roland Schneider, Hinrich Kuhls, Björn Radke



Dies ist ein Artikel aus der Monatszeitschrift Sozialismus.de.
Informationen über den weiteren Inhalt finden Sie unter
www.sozialismus.de.
Dort können Sie ebenfalls ein Probeheft
bzw. ein Abonnement bestellen.

Aktuelle Analysen ohne Paywall

veröffentlicht die Redaktion
zwischen den monatlichen
Printausgaben im Netz auf
www.Sozialismus.de

Italien vor einem Rechtsruck

Italiens Rechte ist optimistisch, bei der vorgezogenen Parlamentswahl am 25. September die meisten Stimmen zu bekommen. Die Mitte-Links-Parteien haben keine Konzeption, diesen Systemwechsel aufzuhalten.

Ist Xi Jinping ein verängstigter Rüpel?

In der seit Jahrzehnten schwers-ten Krise um Taiwan hat die Volksrepublik China ihre Militärübungen nach rund einer Woche vorerst für abgeschlossen erklärt. Man habe »verschiedene Aufgaben erfolgreich erledigt«, teilte die Volksbefreiungsarmee mit.

Steht die russische Wirtschaft vor dem Kollaps?

Die Bank Rossii, die Zentralbank der russischen Föderation, hat ihre Geldpolitik trotz der Sanktionen gegen das Land nochmals deutlich gelockert. Der Leitzins sinkt um 1,5 Prozentpunkte auf 8,0%. Es ist die fünfte Zinssenkung in Folge. Die Inflationsrate liegt mit ca. 15% zwar hoch, sie geht aber tendenziell zurück. Die Notenbank nutzt daher den Spielraum, um die Wirtschaft zu entlasten.

Dafür brauchen wir Unterstützung!

Wie Abonnent:innen und Leser:innen das konkret machen könnten, steht ebenfalls unter
www.Sozialismus.de

Was tun gegen Teuerung, Armut und für die Natur?

Bernhard Müller: Schafft die Ampel-Koalition Entlastung für alle?	2
Joachim Rock: Bürgergeld – Abschied von Hartz IV?	7
Björn Radke: Transformation der Landwirtschaft als gesamtgesellschaftliche Aufgabe	12

Gewerkschaftsmacht national & international

Roland Schneider: Zwischen Erosion und Konsolidierung Zur Entwicklung gewerkschaftlicher Organisationsmacht	18
Thorsten Schulten/Johannes Specht: Was bedeuten 12 Euro Mindestlohn für die Tarifpolitik? Aktuelle Erfahrungen aus dem Gastgewerbe	24
Claus-Jürgen Göpfert: You can't beat the feeling. Wie Gewerkschafter*innen weltweit um die Rechte der Beschäftigten von Coca Cola kämpfen	29

Forum Gewerkschaften

Frank Deppe: Nie wieder Krieg! Nie wieder Faschismus! Zum Antikriegstag 2022	32
Otto König/Richard Detje: »Schröpfen statt Entlasten« – Widerstand ist angesagt. Gewerkschaften und soziale Bewegungen müssen soziale Proteste anführen	35
Elke Alsago: Systemrelevant und ausgenutzt. Tarifverhandlungen für die Beschäftigten der Sozialen Arbeit in schwierigen Zeiten	39

Radikalisierungen und Epochenbrüche

Hinrich Kuhls: Die Radikalisierung der Brexit-Regierung. Eine neue Premierministerin und die Zuspitzung der Krisen in Großbritannien	43
Joachim Bischoff: Epochenbruch und die Zukunft des amerikanischen Zeitalters	49

Geschichtsvergessenheit und Geldpolitik

Micha Brumlik: Die Documenta – Anlass einer neuen Antisemitismusdebatte	57
Mario Keßler: Träume und Albträume Die Olympischen Spiele in München 1972 und ihre Folgen	60
Michael Wendl: Vor dem Ende des Geldkeynesianismus?	66

Impressum | Film

Impressum	59
Gerd Siebecke: Leander Haußmanns Stasikomödie (Filmkritik)	72

Systemrelevant und ausgenutzt

Tarifverhandlungen für die Beschäftigten der Sozialen Arbeit in schwierigen Zeiten

von ■ Elke Alsago

Im Februar dieses Jahres war es endlich soweit. Die Tarifverhandlungen für den Sozial- und Erziehungsdienst (SuE) wurden wiederaufgenommen. Nachdem sie im März 2020 aufgrund der Corona-Pandemie unterbrochen wurden, erfolgte ein Neustart. Unter »Sozial- und Erziehungsdienst« fassen die Tarifvertragsparteien des öffentlichen Dienstes Eingruppierungsmerkmale für (sozialpädagogische) Fachkräfte zusammen, die in der Sozialen Arbeit tätig sind. Im öffentlichen Dienst der Kommunen sind dies zurzeit etwa 330.000 Tarifbeschäftigte.

Davon arbeiten ca. 245.000 Beschäftigte in der Erziehung, Bildung und Betreuung von Kindern (Kitas, Horte, usw.), 55.000 in der Sozialarbeit und 30.000 in der Behindertenhilfe. Da dieser Tarifvertrag oft auf andere Arbeitsverhältnisse in der Sozialen Arbeit bei freien Trägern übertragen wird, gilt er als »Leitwährung« und daher sind deutlich mehr Beschäftigte von der Tarifaufeinanderersetzung betroffen.

In der Sozialen Arbeit sind ca. 1,66 Millionen Menschen sozialversicherungspflichtig beschäftigt, davon 1,4

Millionen Frauen. Es handelt sich daher nach wie vor überwiegend um Frauenberufe. Fast zwei Drittel der Beschäftigten arbeiten im Bereich der Kinderbetreuung und -erziehung (960.470 der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten, 94% Frauen), 470.000 sind im Bereich der

**Forum
Gewerkschaften**

Elke Alsago ist Bundesfachgruppenleiterin für die Fachgruppe »Erziehung, Bildung und Soziale Arbeit« in der ver.di Bundesverwaltung.



Erzieher*innen demonstrieren auf einer ver.di-Kundgebung in Gelsenkirchen im Mai 2022 (Foto: dpa)

Sozialarbeit beschäftigt und 229.400 in der Behindertenhilfe (Daten der Bundesagentur für Arbeit, Stichtag: 30. Juni 2021). Die Arbeitsfelder der Sozialen Arbeit sind aufgrund ihrer Finanzierungsstrukturen stark von Teilzeit geprägt. Besonders deutlich ist dies im Bereich der Frühen Bildung. Hier stagniert der Vollzeitanteil seit Jahren bei 40%. Während des Kita-Ausbaus seit 2007 haben laut Fachkräftebarometer vollzeitnahe Arbeitsverträge leicht zugenommen. Zu beobachten ist die Strategie der Arbeitgeber, das Beschäftigungsvolumen durch zeitlich befristete Aufstockung von Arbeitsverträgen anzupassen, um auf Personalengpässe oder Veränderung der Nachfrage zu reagieren. Hier wird das Risiko, das den Trägern der Kitas durch schwankende Belegung der Plätze entsteht, auf die Beschäftigten abgewälzt.

Für die Entgeltordnung des Sozial- und Erziehungsdienstes wurde 2008

innerhalb der Tarifauseinandersetzung des öffentlichen Dienstes zwischen ver.di und der VKA eine eigenständige Verhandlung der Entgeltordnung vereinbart. Dies war nötig, da die Eingruppierungsmerkmale bereits Jahrzehnte alt waren und bei der Überleitung vom BAT in den TVöD die Anforderungen nicht ausreichend berücksichtigt werden konnten. Damit wurde die mangelnde finanzielle Anerkennung der Tätigkeiten von Frauen und der professionalisierten Frauenberufe weiter reproduziert. Die Regelungen entsprachen bei Weitem nicht den derzeitigen Anforderungen und ausgeübten Tätigkeiten, was bedeutete, dass die Berufstätigkeit in der Sozialen Arbeit deutlich schlechter bezahlt wurde als andere Tätigkeiten im öffentlichen Dienst.

2009 konnte nach zwölfwöchigem Streik erreicht werden, dass in der Entgeltordnung der VKA, die Tätigkeiten bestimmten Entgeltgruppen zugeordnet, ein eigener Abschnitt für die Sozial- und Erziehungsberufe ergänzt wurde. Für die pädagogischen Beschäf-

tigten im kommunalen Sozial- und Erziehungsdienst gilt seither eine eigene Entgelttabelle im TVöD, die sogenannte S-Tabelle. Hierdurch wurde z.B. für die Erzieher*innen das Einstiegsgehalt um 110 Euro und nach 17 Berufsjahren um 400 Euro erhöht. Also eine erste spürbare finanzielle Aufwertung. Um für weitere Aufwertung zu streiten, wurden die Tätigkeitsmerkmale 2015 gekündigt. Trotz fast achtwöchiger Erzwingungsstreiks und anschließender Schlichtung konnte die Aufwertung im geforderten Umfang jedoch nicht erreicht werden. Bei den Erzieher*innen gelang es, das Einstiegsgehalt um 460 Euro zu erhöhen und insbesondere die bisher unterbewerteten Kita-Leiter*innen, deren Gehälter keinesfalls den Anforderungen des Arbeitsfeldes entsprachen, profitieren von dem Ergebnis. Sie erhielten teilweise mehrere hundert Euro im Monat mehr und wurden mindestens eine, teilweise zwei Entgeltgruppen höhergruppiert.

Leider bedeuteten diese Erfolge immer noch keine Gleichstellung mit

Aufklärung statt Propaganda

Drei Wochen gratis.
Probeabo muss nicht abbestellt werden,
endet automatisch.
jungewelt.de/probeabo
oder 030 / 53 63 55 84



den anderen Berufen im Öffentlichen Dienst. Besonders groß ist die Diskrepanz zu den männerdominierten Berufen. In Bezug auf Qualifikation, Verantwortung und Tätigkeit besteht die Vergleichbarkeit. Beim Gehalt endet sie. Daher standen bei der Tarifaufeinanderersetzung 2020 bzw. 2022 die unteren Lohngruppen der Tabelle im Zentrum der Forderungen.

Dass es den Beschäftigten nicht ausschließlich um mehr Gehalt geht, sondern auch um die Arbeitsbedingungen, zeigten schon die vorangegangenen Runden, in denen auch die Regelungen zum Gesundheitsschutz und die Vor- und Nachbereitungszeiten erstritten wurden, womit erstmalig auch auf die Qualität der pädagogischen Arbeit Einfluss genommen werden konnte.

Kitas & soziale Dienste: Arbeitsbedingungen im Mittelpunkt

Da sich seit 2015 die Arbeitsbedingungen nicht verbessert, sondern die Corona-Pandemie die Situation in den Einrichtungen aufgrund der hohen Erkrankungsrate des Personals und des zunehmenden Fachkräftemangels verschärft hat, haben die Forderungen nach der Verbesserung der Arbeitsbedingungen und nach Entlastung für die Kolleg*innen einen hohen Stellenwert.

So hatte die ver.di-Bundestarifkommission für den öffentlichen Dienst nach einer Evaluation der Wirkungen der Tarifeinigung von 2015, einer fast halbjährigen Diskussion in 2019 und einer Befragung der Mitglieder in 2021, folgende drei Forderungskomplexe beschlossen: 1. Verbesserungen der Arbeitsbedingungen, 2. Maßnahmen gegen Fachkräftemangel, 3. finanzielle Anerkennung der Arbeit.

Für die Verbesserung der Arbeitsbedingungen kann auf die Personalbemessung tarifpolitisch nicht erfolgversprechend Einfluss genommen werden, weil diese z.B. durch die Landes-Kita-Gesetze sehr unterschiedlich geregelt ist. Daher wurde ein Entlastungsmanagement (entlastende Maßnahmen nach belastenden Ereignissen oder Situationen) und Vor- und Nachbereitungszeit (Zeit für Planung, Vorbereitung von Bildungsangeboten, Dokumenta-

tion, Fall- und Elterngespräche, usw.) gefordert. Als Maßnahmen gegen Fachkräftemangel wurden die Qualifizierung, Vergütung und festgeschriebene Zeitkontingente für Anleiter*innen von Praktikant*innen aus sozialpädagogischen Berufsfach-, Fach- und Hochschulausbildungen und die Anerkennung der praxisintegrierten Ausbildung als Berufserfahrung gefordert. Bei den Forderungen zur finanziellen Anerkennung und der damit verbundenen Höhergruppierung lag der Schwerpunkt bei den unteren Lohngruppen, den Kinderpfleger*innen, Sozialassistent*innen, Erzieher*innen und Sozialarbeiter*innen in nichtleitender Tätigkeit.

Die Wiederaufnahme der Verhandlungen erfolgte am 25. Februar 2022 – einen Tag nach dem russischen Angriff auf die Ukraine. Dies bedeutete zusätzlich zu der durch Corona erschwerten Situation eine weitere enorme Belastung: Die Kommunen standen vor einer unsicheren finanziellen Situation und für die Beschäftigten in Kitas und sozialen Einrichtungen hieß es, in den folgenden Monaten und Jahren mit neuen Herausforderungen und einer steigenden Arbeitsintensität leben zu müssen, um die Integration und Unterstützung von Geflüchteten zu gewährleisten und dies in einer Situation, in der ohnehin schon viele Fachkräfte den Arbeitsfeldern der Sozialen Arbeit aufgrund der anhaltenden Belastung den Rücken kehren.

Verhandlungen schleppend und unkreativ

Die ersten beiden Verhandlungsrunden verliefen sehr schleppend und waren geprägt durch eine Haltung der Arbeitgeber, die sich am ehesten mit Verweigerungshaltung beschreiben lässt. Verständnissvolle Worte gab es wohl, aber kein konstruktives Eingehen auf die Forderungen. Eigentlich hätte man erwarten können, dass sie aufgrund der angespannten Situation in den Arbeitsfeldern der Sozialen Arbeit, insbesondere den Kitas, alles daran setzen würden, mit ver.di Lösungen zu entwickeln, die die Arbeitsfelder attraktiv werden lassen und sie so in die Lage versetzt, Maßnahmen gegen den wachsenden Fach-

kräftemangel ergreifen zu können.

Parallel entlud sich auf der Straße der gesamte Unmut der Kolleg*innen. Slogans wie »Come in and Burnout«, »Es ist fünf nach zwölf – wir löschen nur noch Brände«, »Wir bauen Brücken, wo es bröckelt«, »Kitas am Limit«, »Mein Akku ist leer« machten deutlich, dass die Kolleg*innen nicht mehr können und wollen. Zeitweise waren in einer Woche bis zu 45.000 organisierte ver.di-Kolleg*innen auf der Straße und dies unter aufgrund der Pandemie und des Krieges erschwerten Bedingungen. Unterstützung erhielten wir, gerade am 8. März, von den feministischen Streikbündnissen. Die Kolleg*innen streikten und demonstrierten für die Verbesserung ihrer Arbeitssituation und dafür, ihre Adressat*innen, seien es nun Kinder, Jugendliche oder Menschen, die unter den Bedingungen von Behinderung leben, besser begleiten und versorgen zu können. Dieser unbedingte Wunsch, aber auch der Zorn auf diejenigen, die für die Bedingungen verantwortlich sind, wurden während der Tarifaufeinanderersetzung immer stärker. Dem gegenüber standen die Arbeitgeber, die nichts anderes wollten, als für diesen systemrelevanten Bereich der Daseinsvorsorge, für den sie als Kommunen verantwortlich sind, wie wir es bei sozialen Frauenberufen kennen, möglichst kein zusätzliches Geld auszugeben. Dies zeigte sich dann in den Verhandlungen und in dem hart erkämpften Ergebnis sehr deutlich.

Verbesserung der Arbeitsbedingungen

Die Forderungen zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen und zur Entlastung der Kolleg*innen waren für die Arbeitgeber die Forderungen, bei denen die Diskussion am heftigsten waren. Alle ver.di-Vorschläge zum Ausgleich von besonderen Belastungssituationen wurden vom Tisch gewischt, ohne konkrete Alternativangebote vorzulegen. Am Ende einigte man sich auf zwei Regenerationstage pro Jahr. Zwei weitere Tage können durch einen Teil der ebenfalls

erreichten Zulagen »eingetauscht« werden. Au-

ßerdem wurde die tarifvertraglich abgesicherte Vor- und Nachbereitungszeit auf 30 Stunden pro Jahr erhöht und kommt nun auch im Tarifgebiet Ost zur Anwendung.

Fachkräftemangel

Gegen einen Rechtsanspruch auf Qualifizierung und Zeitkontingente haben sich die Arbeitgeber von der VKA gesperrt. Gelungen ist es, die praxisintegrierte Ausbildung zum/r Heilerziehungspfleger*in in den Tarifvertrag für Auszubildende des öffentlichen Dienstes (TVAöD) aufzunehmen, sodass diese jetzt auch eine Vergütung erhalten können. Praxisanleiter*innen, die im Rahmen einer berufsfach- oder fachschulischen Ausbildung Praktikant*innen begleiten, bekommen zukünftig eine Zulage von 70 Euro. Außerdem wird die Berufstätigkeit innerhalb der praxisintegrierten Ausbildung bei der Eingruppierung angerechnet. Obwohl die Kommunen verstärkt auf sogenannte duale Studiengänge der Sozialen Arbeit setzen, um Fachkräfte für den Allgemeinen Sozialen Dienst und andere Einrichtungen zu gewinnen, waren sie nicht bereit, den Anleiter*innen für diese Studierenden eine Zulage zu zahlen.

Finanzielle Aufwertung

Kinderpfleger*innen, Sozialassistent*innen und Erzieher*innen erhalten ab dem 1. Juli 2022 eine Zulage von 130 Euro und Sozialarbeiter*innen in nichtleitender Tätigkeit eine Zulage von 180 Euro. Höhergruppierungen und die damit verbundene Anerkennung der schwierigen Tätigkeiten der Kolleg*innen haben die Arbeitgeber aus Angst vor einem »Kaskadeneffekt« abgelehnt. Erreicht werden konnte jedoch, dass die Beschreibung der »schwierigen Tätigkeit« (und die damit verbundene Höhergruppierung) erweitert wird, sodass nun sehr viel mehr Erzieher*innen ihre herausfordernden Tätigkeiten anerkannt bekommen, wie z.B. die Tätigkeit

als Kinderschutzfachkraft oder die Arbeit mit Kindern in schwierigen Lebenslagen. Zudem wurde erstritten, dass ab dem 1. Oktober 2024 für alle SuE-Beschäftigten im TVöD die gleichen Stufenlaufzeiten wie im übrigen öffentlichen Dienst gelten bzw. bisher gesperrte Stufen geöffnet werden, was je nach persönlicher Betroffenheit Steigerungen von mehreren hundert Euro bedeuten kann.

Der Abschluss bringt im Bereich des Sozial- und Erziehungsdienstes am Ende ein Plus von rund 5,1 Prozent. Für manche Beschäftigten mehr, für andere weniger. Die Arbeitgeber kostet er insgesamt über 770 Millionen Euro jährlich aus den Haushalten der Städte und Gemeinden. Die Auseinandersetzung für die Kolleg*innen in Kitas und im schulischem Ganztage, für die Sozialarbeit und Behindertenhilfe hat strukturelle Verbesserungen gebracht.

Kritik und Annahme des Ergebnisses

Die Bundestarifkommission nahm das Ergebnis am 16. Juni 2022 an. Aktuell laufen die Redaktionsverhandlungen, die sich ähnlich wie die Verhandlungen zäh gestalten. In den Redaktionsverhandlungen werden Detailfragen geklärt und die Tarifeinigung in die Form von Änderungsstarifverträgen gefasst. Die Befragung der ver.di-Mitglieder hatte gezeigt, dass eine knappe Mehrheit hinter dem Ergebnis steht. Kritik gab es insbesondere von den Kita-Leiter*innen, die gerade während der immer noch anhaltenden Pandemie hochgradig beansprucht sind, und bei denen die Nerven aufgrund der vielfältigen Maßnahmen, Unsicherheiten und den extremen Organisationserfordernissen blank liegen. Sie fühlten sich in dieser Auseinandersetzung nicht gesehen und ihre Leistungen nicht anerkannt. Dass wir erreichen konnten, dass sie aufgrund schwankender Kinderzahlen nicht mehr so leicht herabgruppiert werden und sie langfristig Gehalts- und Rentenzuwächse durch die Angleichung der Stufenlaufzeiten erhalten, tröstet sie in ihrer aktuellen Situation nicht. Bei der Einführung der Regenerationstage ohne Entlastungsmanagement wird

von den Kolleg*innen vielfach befürchtet, dass diese zu einer Belastung für das Personal werden, die dann in der Einrichtung vertreten müssen. Dieser Einwand ist nicht von der Hand zu weisen, sondern deutet auf die Problematik hin, dass die Bundesländer für die Personalbemessung zuständig sind. Das heißt, die Arbeitgeber müssen nun kurzfristig in diesem Jahr Lösungen finden, wie die Kolleg*innen diese Tage nehmen können ohne zusätzlich andere Kolleg*innen zu belasten, z.B. durch Schließtage. Dann sind sie aufgefordert, die Refinanzierung mit den Ländern so zu verhandeln, dass in die Personalbemessung die Regenerationstage eingerechnet sind.

Das zeigt einmal mehr, dass es in der Sozialen Arbeit nicht nur wichtig ist, tarifpolitisch zu kämpfen, sondern dass Veränderungen weitgehend nur im Zusammenspiel zwischen Tarifpolitik, Fachpolitik und Betriebspolitik zu erreichen sind. D. h. die Zeit bis zur nächsten Tarifrunde für den Sozial- und Erziehungsdienst wird ver.di nutzen, um gemeinsam mit den Kolleg*innen aus allen Arbeitsfeldern der Sozialen Arbeit in den Betrieben und in der Landes- und Bundespolitik für bessere Bedingungen zu streiten, denn »systemrelevant und ausgenutzt« muss endlich der Vergangenheit angehören.

Sollten Politik und Arbeitgeber in den nächsten Jahren nicht reagieren und für bessere Bedingungen in der Sozialen Arbeit sorgen, werden die Fachkräfte die Arbeitsfelder verlassen und der bereits begonnene Trend der Deprofessionalisierung wird sich weiter fortsetzen. Die Soziale Arbeit wird ihre Handlungsfähigkeit verlieren, denn bei den komplexen Herausforderungen unserer Zeit brauchen wir Profis, die die Menschen durch individuelle, gesellschaftliche, nationale und globale Krisen begleiten und Bedingungen, die ihnen diese Arbeit ermöglichen.

Probelesen

Wenn diese Probe-Lektüre Sie davon überzeugen konnte, dass Sozialismus das Richtige für Sie mit fundierten Beiträgen zu den Themen

- Berliner Republik/Linke Alternativen
- Wirtschaft & Soziales/Forum Gewerkschaften
- Internationales/Krieg & Frieden
- Buchbesprechungen/Filmkritiken
- sowie zweimonatlich einem Supplement zu theoretischen oder historischen Grundsatzfragen

ist, sollten Sie gleich ein Abo bestellen (und eines der Bücher aus dem VSA: Verlag als Prämie auswählen). Wenn Sie weitere Argumente benötigen, nehmen Sie ein Probeabo (www.Sozialismus.de). Beides geht auch mit dem beigegefügtten Bestellschein (bitte auf eine Postkarte kleben oder faxen an 040/28 09 52 77-50)

Ich abonniere Sozialismus ab Heft _____ zum Preis von € 75,- (incl. Porto; Ausland: + € 20 Porto).

Ich möchte die Buchprämie Kapital 68er ABC

Ich abonniere Sozialismus ab Heft _____ zum verbilligten Preis von € 55,- (für Arbeitslose/Studenten).

Ich möchte die Buchprämie Kapital 68er ABC

Ich bestelle ein Sozialismus-Probeabo ab Heft _____ (3 Hefte zum Preis von € 16,-/Ausland € 25,-).

Bitte schicken Sie mir ein kostenloses Probeexemplar.

Name, Vorname

Straße

Plz, Ort

Datum, Unterschrift

Mir ist bekannt, dass ich diese Bestellung innerhalb einer Woche bei der Redaktion Sozialismus, St. Georgs Kirchhof 6, 20099 Hamburg, widerrufen kann. Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs.

Datum, 2. Unterschrift

Bitte als
Postkarte
freimachen

Antwort

Redaktion Sozialismus
Postfach 10 61 27
20042 Hamburg

Abo-Prämie

Eines dieser Bücher aus dem VSA: Verlag erhalten Sie, wenn Sie Sozialismus abonnieren oder uns eine/n neuen AbonnentIn nennen (nicht für Probeabo). Bitte auf der Bestellkarte ankreuzen!

Mehr zum Verlagsprogramm:
www.vsa-verlag.de

